

FRANKFURTER STADTZEITUNG

Zeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Frankfurt am Main

Ausgabe April 2007



OSTERMARSCH 2007

Kriege beenden statt Kriege vorbereiten

"Der Militäreinsatz im Irak könnte die Vereinigten Staaten mehr als 500 Milliarden Dollar kosten, selbst wenn die amerikanischen Truppen bis 2009 abgezogen werden. Das geht aus einem Bericht der Haushaltsbehörde des Kongresses hervor, der am Donnerstag veröffentlicht wurde."

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juli 2006)

500 Milliarden Dollar allein für den Krieg im Irak...

Und dies ist nur ein Teil der US-Ausgaben und der weltweit ausgegebenen Rüstungs- und Kriegsmilliarden.

Dies Geld und gesellschaftliche Verhältnisse ohne Rüstungskonzerne und Ölmultis - das würde den Weg zu einer Welt des Friedens, der Menschenrechte und der sozialen Sicherheit ebnen.

Nicht Kriege, sondern eine solche, neue Politik entzieht dem Terrorismus den Boden.

Ostermarsch 1961 - Abschlusskundgebung auf dem Römer in Frankfurt/M.



Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr!

Rentner freut euch ! – Endlich ganze 0,54 Prozent Rentenerhöhungen !

Wann gehen die Rentner auf die Barrikaden?

Wie schildern die Medien gerne die Rentner, wenn wieder eine neue Nullrunde ins Haus steht? Klar: Deutsche Rentner liegen normalerweise auf dem

Sonnendeck eines Luxusliners. Rentnerinnen, die bekanntlich weniger Rente bekommen, vergnügen sich auf den Cafeterrassen eleganter Lokale bei Cappuccino und Schwarz-

wälder Torte.

Doch - wie sieht die Wirklichkeit aus?

Kurz vor Weihnachten wurde den Ruheständlern überraschend eine Aufbesserung der

Fortsetzung Seite 2....

Fortsetzung von Seite 1, "Wann gehen Rentner auf die Barrikaden?"

Renten angekündigt. Sozusagen als frohe Botschaft zum Fest der Liebe. Besonders hoch jedoch soll die Renten-Erhöhung nicht ausfallen – bei uns hier im Westen ganze 0,54 Prozent. Dabei beträgt die Durchschnittsrente für einen Arbeiter schon jetzt bloß 831 Euro, bei den Frauen nur 495 Euro. Der Zuschlag würde also zwischen 2,67 Euro und 4,49 Euro ausmachen.

Dabei rechnet die Rentenversicherung bereits mit Erhöhungen der Krankenversicherung um 4 bis 5 Euro im Monat.

Ihr habt also nichts zu verlieren als eine weitere Ausplünderung!

Die Betroffenen des allgemeinen Sozialraubs scheinen endlich begriffen zu haben: Weder Appelle noch weise Ratschläge, weder alarmierende Statistiken noch traurige Einzelschicksale, auch die Nichtbeteiligung bei den Wahlen, bringen eine Änderung dieser asozialen Politik.

Die, die in unserem Land das Sagen haben – die mächtigen Besitzer des Kapitals und ihre politischen Handlanger – sind

nur durch massiven Druck zum Einlenken zu bewegen.

Aber wie können die Schwachen Druck entwickeln?

Nur mit größerem Gewicht durch Bündeln ihrer Kraft, durch Absprachen und Zusammenarbeit.

Von den Wohlfahrtsverbänden, Rotes Kreuz über Jugendringe, VdK, Kirchen bis zu den Gewerkschaften – alle müssen eine gemeinsame Strategie finden gegen diesen Sozialkahl-schlag ohne Ende.

Zurück zur solidarischen Aktion!

Dann wird auch der Politik in Berlin und in Wiesbaden langsam klar, was sich da entwickeln könnte. Schon üben sich die Ersten in der Umarmung der Rentner. Der aufkeimende Protest soll im Keim erstickt werden. Doch wir sind zuversichtlich. Der beginnende Widerstand der Rentner wird weiter wachsen. 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner können eine sehr reale Macht sein! Sie muss nur jetzt genutzt werden! Auch der Kampf gegen die Rente mit 67 ist noch nicht beendet!

Kurz berichtet

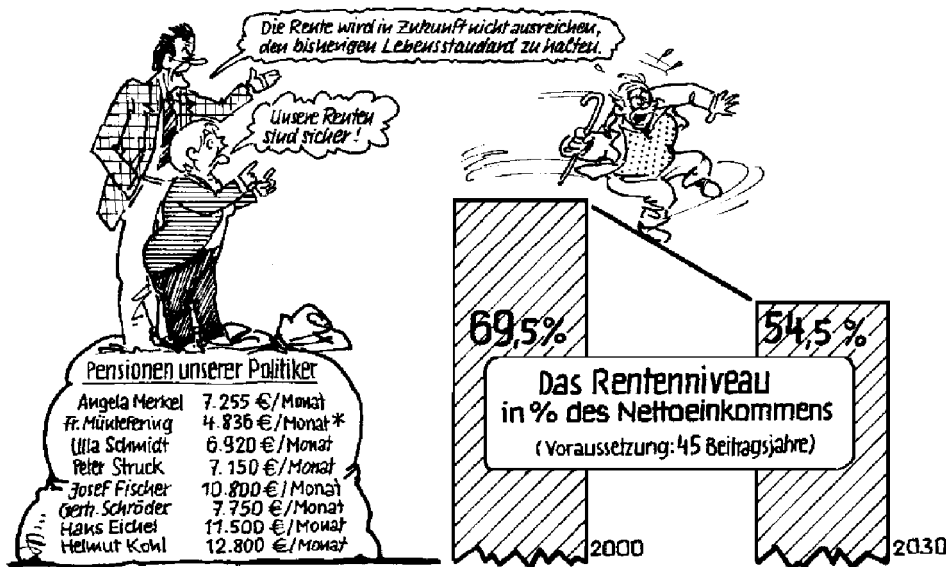
Die **Rüstungsausgaben** im Einzelplan 14 des Bundeshaushalts 2007 werden mit 28,4 Milliarden Euro ausgewiesen.

50 Jahre "Göttinger Manifest": Deutschland atomwaffenfrei!

Am 12. April 1957 veröffentlichten 18 bedeutende, westdeutsche Wissenschaftler ein Manifest, in dem sie unter anderem die Bundesregierung unter Adenauer und Strauß auf-forderten, im Interesse des Weltfriedens auf den Besitz von Atomwaffen zu verzichten.

Kriegsspielzeug - unter anderem Spielzeugpanzer - wird erstmals seit 1945 wieder von der Göttinger Firma Märklin hergestellt.

Sinkendes Rentenniveau: der Weg in die Altersarmut



DKP Frankfurt

Hansteinstraße 4
60318 Frankfurt am Main
Telefon: 069 - 46 00 59 67
Fax: 069 - 95 51 76 05
email: dkp-frankfurt@email.de
Internet: www.dkp-frankfurt.de

Wir danken für Spenden für die Stadtzeitung und die DKP!!
Konto-Nr.: 194 027 603
Postbank Ffm. - BLZ: 500 100 60

Einsatz von Tornados in Afghanistan

Der Arbeitskreis **Darmstädter Signal** hat einen offenen Brief an die Abgeordneten des Bundestages gerichtet.

Wir zitieren Auszüge:

"1. Wider besseres Wissen behauptet Verteidigungsminister Jung, es handele sich nur um Aufklärung. Als **erfahrene aktive und ehemalige Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr** stellen wir fest, dass die militärische Aufklärung ein wichtiger Teil des integrierten militärischen Kampfes ist. Die Aufklärungsergebnisse sollen sofort ausgewertet werden und den Kampf der Bodentruppen und der Jagdbomber direkt unterstützen.....

9. Afghanistan braucht statt einer und folgender Militäroffensive eine "Groß-Offensive des zivilen Aufbaus und der Entwicklungsförderung!

10. Die Bevölkerung Afghanistans braucht eine Perspektive der zivilen Entwicklung - nur so kann den Terroristen der Boden entzogen werden!"

Quelle: www.darmstaedtersignal.de

Ostermarsch 1961 - Auftakt in Marburg



Franz Münteferings "sittenwidrige Löhne"

Im letzten Jahr gingen ver.di und andere Gewerkschaften in die Offensive. Sie riefen die Kampagne für den Mindestlohn ins Leben. Bei einem Einstieg von 7,50 Euro soll er auf 9,- Euro pro Stunde steigen, so die Vorstellungen von ver.di. Diese Aktion wurde notwendig, weil die Politik der früheren SPD/Grünen- und heutigen Union/SPD-Regierung Hunderttausende der Regierten in Billiglöhner verwandelte. Selbst unter kapitalistischen Bedingungen sind in Westeuropa Mindestlöhne machbar. In Großbritannien steigen beispielsweise im kommenden Herbst die gesetzlichen

Mindestlöhne um 3,2 Prozent auf umgerechnet etwa 8,10 Euro. Sicherlich brächen damit keine paradiesischen Zustände für den Gebäudereiniger, die Verkäuferin oder die Frisörin an, die heute - nicht nur in Ostdeutschland - für 3,50 Euro die Stunde schaffen. Aber die von Roland Koch und Günther Oettinger an die Wand gemalte "reine Arbeitsplatzvernichtung" auch nicht.

In der Argumentation mischt sich aktuell allerhand Skurriles.

Peter Struck beispielsweise macht Löhne aus, die auf "reine Ausbeutung" hinauslaufen. Franz Müntefering stellt

Fortsetzung Seite 4...

Rabe meint..



Laut Zeitnotiz aus der Saarbrücker Zeitung einigten sich das Saarland und die Städte und Gemeinden darauf, im Jahr 2007 ein Zuschuss in Höhe von 1,2 Millionen Euro für das Schulesen bereitzustellen. Diese Unterstützung kommt etwa 2.000 Schülern zugute, deren Eltern Hartz-IV-Empfänger sind oder ein geringes Einkommen haben. Laut Hartz-IV-Gesetz steht für das Mittagessen eines Kindes ein Euro pro Schultag aus der Zuwendung zur Verfügung. Rabe findet es gut, dass das Schulesen für Hartz-IV-Empfänger und Geringverdiener bezuschusst wird. Doch Rabe ist der Ansicht, dass das Schulmittagessen für alle Kinder kostenlos sein muss, Und nicht nur das Schulesen muss kostenlos sein, sondern die gesamte Schulbildung und natürlich auch die Hochschul-ausbildung.

meint *Ihr Rabe*

Leben mit 345 Euro bedeutet auch:

- ⊗ 4,23 Euro täglich für Ernährung und Getränke
- ⊗ 60 Cent täglich für Öffentlichen Nahverkehr
- ⊗ 60 Cent täglich für Telefon einschließlich Grundgebühr (= 7 Cent tägl. für Telefonate)
- ⊗ 34 Cent täglich für Zeitungen und Zeitschriften (= einmal pro Woche eine Tageszeitung)



Fortsetzung von Seite 3 "Franz Münteferings 'sittenwidrige Löhne'"

"sittenwidrige Löhne" fest, wenn sie 20 oder 30 Prozent unter Branchentarifen liegen. Zehntausende Ein-Euro-Jobber werden genau dazu per Gesetz gezwungen, woran wiederum dieser Sittenwächter unmittelbar

beteiligt ist. Dessen ungeachtet: **Die Kampagne der Gewerkschaft zielt in die richtige Richtung.** Den Kampf um die Verwirklichung werden jedoch nicht die Sittenwächter der Bourgeoisie

ausfechten, das bleibt die Aufgabe der arbeitenden Menschen in unserem Land. Und das heißt dann nicht Sitten-, sondern Klassenkampf.
Werner Sarbok (UZ, 30. März 2007)



Wir gegen Studiengebühren

Für Solidarität und freie Bildung!

Die CDU-Landesregierung erhebt ab 2007 als Einstieg Studiengebühren von 500 Euro, für Studierende aus Nicht-EU-Ländern von 1.500 Euro. Die kommen zu den bereits zu zahlenden 245 Euro Semesterbeitrag dazu. 10 Semester kosten also bei Barzahlung in naher Zukunft 7.450 bis 17.450 Euro. Wer gezwungen ist, ein Darlehen aufzunehmen, soll dafür 7,5% Zinsen bezahlen.

Studium nur noch für Reiche? Viele AbiturientInnen werden sich für eine betriebliche Ausbildung entscheiden. Damit haben Haupt- und RealschülerInnen zukünftig noch schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Das Gesetz der Landesregierung gehört in den Papierkorb. Dafür kämpfen wir! Mehr Infos unter:

www.hessen.uebergebuhr.de

Machen Sie die Verfassungsklage möglich durch Unterstützung mit Ihrer Unterschrift! Alle Infos unter

www.verfassungsklage-bildung.de



FEST DER SOLIDARITÄT

**Volksfest der DKP & UZ ★ 22.-24. Juni 2007
 Dortmund Revierpark Wischlingen**

Zur Finanzierung wird gebeten, den Fest-Button für 5,- Euro Solidaritäts-Beitrag zu kaufen für den Besuch aller Veranstaltungen.

► Bestellung: Tel. 0201 - 17 78 89 0

Fax 0201-17 78 89 29

E-Mail: Fest-der-Solidaritaet2007-DKP@t-online.de



Mit Konstantin Wecker